

CDU-Politikerinnen Schröder, von der Leyen, Merkel



BUNDESREGIERUNG

Kampf der Frauen

Angela Merkel und Ursula von der Leyen sind in der vergangenen Woche heftig aneinandergeraten. Die Kanzlerin stoppte die Arbeitsministerin beim Thema Frauenquote. Aber die will nicht aufgeben – zumal sie selbst nach dem Kanzleramt strebt.

FABRIZIO BENSCH / REUTERS

Verloren, klar, sie hat verloren, aber das macht ihr nicht viel. Es ist Donnerstagabend, Ursula von der Leyen sitzt in ihrem Büro, vor 36 Stunden hat die Bundeskanzlerin ein Machtwort gesprochen, eines ihrer seltenen Machtworte, und es wischte einen Plan von der Leyens vom Tisch. Eine gesetzliche Frauenquote für Führungsjobs bei großen Unternehmen wird es vorerst nicht geben.

Eine Niederlage also, aber so, wie es Siege gibt, nach denen man verloren ist, gibt es Niederlagen, die einen weiterbringen. So war das in der vergangenen Woche für Ursula von der Leyen. Die gesetzliche Quote kommt nicht, aber jeder weiß jetzt, dass von der Leyen für die Quote kämpft. Damit ist das ihr Thema, die Frauenquote und Ursula von der Leyen sind nun unzertrennlich.

Sie weiß das, und deshalb hat sie weiterhin gute Laune. Die Quote wird im Gespräch bleiben, und vielleicht kommt sie eines Tages doch. Von der Leyen wird jedenfalls weiterkämpfen, auch wenn Merkel das nicht passt. „Ich bin, wie ich bin“, sagt sie.

Seit der vergangenen Woche weiß Deutschland ein bisschen genauer, wie von der Leyen ist. Sie hat sich vorgenommen, ihren Weg zu gehen, und der hat ein klares Ziel: das Kanzleramt. Auf diesem Weg nimmt sie wenig Rücksicht, nicht auf Merkel, nicht auf die Familienministerin und Parteifreundin Kristina Schröder, nicht auf die Schwesterpartei CSU, nicht auf den Koalitionspartner FDP. Sie prescht vor, zieht durch, und nur Merkel kann sie stoppen, noch.

So warf die vergangene Woche ein Licht auf das neue Verhältnis dieser beiden Frauen. Von der Leyen hat sich von ihrer Förderin gelöst, sie macht nun auch Politik gegen Merkels Interessen. Die Kanzlerin will Ruhe in der Koalition, die Arbeitsministerin will die Frauenquote – und ein scharfes Profil.

Wer gehofft hatte, in einer Arbeitswelt mit vielen Frauen würde es friedlicher und konstruktiver zugehen, findet das in der Bundesregierung derzeit nicht bestätigt. Das Thema Frauenquote, das Frauen gegen Männermacht stärken soll, hat erst einmal die Frauen der CDU gegeneinander aufgebracht.

Von der Leyens Egoismus nervt nicht nur Merkel und Schröder, sondern auch Bildungsministerin Annette Schavan: „Vorbringen werden wir nur etwas, wenn wir Frauen in der Regierung und in den Fraktionen einen gemeinsamen Plan entwickeln“, sagt sie.

Der Streit begann mit einem Interview, das von der Leyen dem SPIEGEL gegeben hat. Es erschien am Montag vergangener Woche im Rahmen einer Titelseite, die eine Debatte über die Frauenquote auslöste. In Unternehmen, Redaktionen, in Parteien und Verbänden kommt niemand mehr an der Frage vorbei, ob Frauen mit Karriereambitionen gerecht behandelt werden (siehe auch den Beitrag auf Seite 126).

Gegen Ende der Woche versprachen Konzerne wie E.on und Airbus das Ende der Männerdomäne in den Führungsetagen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie bekannte, es gebe in der Industrie eine „zunehmende Sensibilisierung“ für das Thema. „Da ändert sich in den Unternehmen gerade etwas“, sagt ein Sprecher.

Dass sich etwas ändern muss, ist so gut wie allen klar. Der Weg ist umstritten, vor allem in der Bundesregierung.

Es passiert nicht oft, dass Merkel einen Minister oder eine Ministerin offen rügt, aber am Mittwoch der vergangenen Wo-

In jenem Sommer setzte sich von der Leyen intensiv mit dem Fachkräftemangel auseinander. „Bei den Frauen kann es doch nicht allein darum gehen, dass sie lediglich aus der Teilzeit in die Vollzeitarbeit wechseln sollen“, sagt sie. Die Frauen müssten auch aufsteigen können. Kurz vor Weihnachten ließ sie ihr Ministerium Studien über Frauen in Führungspositionen von Unternehmen auswerten.

Nach vielen Gesprächen beschloss von der Leyen vor zwei Wochen, eine gesetzliche Quote für Frauen und Männer in Vorständen und Aufsichtsräten zu fordern. Nun begann die Operation Frauenquote, ein kleines Lehrstück über den Politikstil der Ursula von der Leyen.

Zu Beginn der vorvergangenen Woche erläutert sie Merkel unter vier Augen ihre Haltung zur Frauenquote für Führungskräfte. Sie lässt die Kanzlerin wissen, dass sie dem SPIEGEL ein Interview dazu geben will. Sie erwähnt nicht, dass sie eine Quote von 30 Prozent fordern wird.

Von dem Gespräch nimmt von der Leyen mit, dass Merkel ihr das Interview nicht ausreden wollte. Und so lässt sich die Arbeitsministerin nicht bremsen, das muss auch Merkel wissen. Nur bei der ausdrücklichen Bitte, es sein zu lassen, hätte sie einen Rückzieher gemacht.

Merkel sieht dem Interview mit Unbehagen entgegen. Sie findet es unfair, dass von der Leyen so stark in einen Bereich von Schröder eingreift, zumal die Arbeitsministerin weiß, dass die Familienministerin gegen eine Quote ist.

Am Mittwoch der vorvergangenen Woche soll von der Leyen am Rande der Kabinettsitzung Schröder über das geplante Interview informiert haben. Am Donnerstag trifft sich von der Leyen mit zwei Redakteuren des SPIEGEL. Sie ist aufgeräumt, locker und fordert eine Quote von 30 Prozent.

Am Freitag präsentiert Schröder in einem Beitrag für das „Handelsblatt“ eine eigene „Flexi-Quote“ – eine Art gesetzlicher Vorschrift zur freiwilligen Selbstverpflichtung der Wirtschaft. Damit ist sie von der Leyen zuvorgekommen.

Am Samstag erscheint die Vorabmeldung zum Interview mit von der Leyen, und von nun an sind einige Leute ziemlich böse. Als Merkel liest, dass die Kollegin eine 30-Prozent-Quote fordert, traut sie ihren Augen nicht. Sie ärgert sich, dass von der Leyen ihr das verschwiegen hat.

Auch Schröder ist sauer. Eine „staatliche Einheitsquote“, lässt sie schon am



CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

THEO KLEIN / FACE TO FACE

FDP-Generalsekretär Lindner, CSU-Chef Seehofer: Einige sind ziemlich böse

che ist es so weit. Am Morgen trifft sich der Unionsteil der Regierung zu einem Frühstück, um die Kabinettsitzung vorzubereiten. Die Stimmung ist nicht so gut für von der Leyen. Fraktionschef Volker Kauder will wissen, wie sich eine Quote mit dem Antidiskriminierungsgesetz vereinbaren lasse. Dann spricht Merkel. Eine Quote sei politisch nicht durchzusetzen, sagt sie. Die Kanzlerin wendet sich direkt an von der Leyen und blafft über den Tisch: „Ich habe nicht dazu geraten, mit einer 30-Prozent-Quote an die Öffentlichkeit zu gehen.“

Aber die Arbeitsministerin wollte gar keinen Rat in dieser Sache, die sie schon länger betreibt. Im Sommer 2010 begann die Geschichte von der Geburt und dem vorläufigen Ende der gesetzlichen Frauenquote, wie sie sich aus Gesprächen mit vielen Beteiligten ergibt.

„Wir haben das nicht nötig“

Die FDP ist die einzige Partei im Bundestag ohne Frauenquote

Doris Buchholz sitzt am Besprechungstisch ihrer Anwaltskanzlei in Sulzbach, vor sich die Dokumente des Scheiterns. „Ich sammle ja schon länger Materialien“, sagt Buchholz, dann steht sie auf und holt noch mehr Papiere aus dem Regal, Appelle, Beschlussvorlagen, der Stapel auf dem Tisch wird immer höher. Es sind Absichtserklärungen zur Frauenförderung in der FDP, sie reichen zurück bis ins Jahr 1987, und keines dieser Papiere, sagt Buchholz, habe irgendwas gebracht.

Seit Jahren kämpft Buchholz, 51, dafür, die Lage der Frauen in der FDP zu verbessern, mehr Mandatsträgerinnen zu gewinnen, ihnen den Weg nach oben zu erleichtern. Vor zehn Jahren wurde sie Mitglied der FDP und der parteinahen Liberalen Frauen, im vergangenen Mai übernahm sie deren Vorsitz. Die Diskussion über Frauenförderung, sagt Buchholz, laufe in der FDP immer gleich ab: Die Parteiführung gelobe Besserung, und am Ende bleibe alles, wie es war. Irgendwann reichte es Buchholz. Sie schrieb einen Antrag zur Änderung der Parteisatzung, der im Mai auf dem FDP-Bundesparteitag in Rostock behandelt werden soll. Die Liberalen Frauen fordern darin erstmals auf diesem Weg eine Frauenquote von 40 Prozent für alle Parteigremien. Aus Sicht der FDP wäre das ein epochaler Wandel.

Unter den Parteien im Bundestag ist die FDP die einzige, die bislang keine Frauenquote eingeführt hat. An den Spitzen der 16 Landesverbände sind die Männer weitgehend allein. Unter den 57 Landesvorsitzenden und ihren Stellvertretern finden sich nur 15 Frauen, die meisten stehen in der zweiten Reihe. In der Bundes-FDP sieht es nicht besser aus. Den Parteivorsitz besetzt ein Mann, den Posten des Generalsekretärs auch. Und in der Diskussion darüber, wer Guido Westerwelle eines Tages beerben könnte, werden ausschließlich Männer gehandelt.

Selbst in der Bundestagsfraktion sind die Frauen klar unterlegen. Nur ein knappes Viertel der 93 Abgeord-

neten ist weiblich. An der Spitze der Fraktion steht zwar eine Chefin, Birgit Homburger, doch auch sie lehnt eine Quotenregelung ab: „Wir Frauen haben das nicht nötig“, sagt sie.

In der Fraktion gelten Frauenfragen als Verliererthema, die Vorbehalte gegen die Quote haben sich in keiner anderen Partei so hartnäckig gehalten

„Gegen Männerbünde helfen nur administrative Maßnahmen.“ 20 Frauen diskutieren an diesem Abend, alle stimmen dem Quotenantrag zu. Am Ende klirren die Sektgläser.

Viele FDP-Frauen sehen die Quote inzwischen als letztes Mittel gegen die männliche Vorherrschaft und den Abstieg ihrer Partei. Die FDP erreicht kaum Frauen, der Anteil der weiblichen Mitglieder geht immer weiter zurück, heute sind es weniger als 23 Prozent. Auch unter den FDP-Wählern sind Frauen die Minderheit. Die Verengung auf Wirtschaftsthemen, die miesen Umfragewerte, all das habe auch damit zu tun, dass die FDP kaum Frauen nach vorn bringe, sagt Irmgard Schwaetzer: „Ohne eine bestimmte Bandbreite weiblicher Identifikationsfiguren fühlen sich Wählerinnen von einer Partei nicht ausreichend vertreten.“

Tatsächlich wird das öffentliche Frauenbild der FDP von zwei Typen bestimmt. Es gibt kinderlose Frauen wie Birgit Homburger oder Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die es mit Fleiß und Leistung nach oben geschafft haben. Und es gibt junge Mütter wie die Europaabgeordnete Silvana Koch-Mehrin oder die Hamburger Spitzenkandidatin Katja Suding, mit denen die FDP gern Wahlplakate schmückt. Über diese Frauen sagen Parteifreunde, sie sähen halt gut aus.

Die Quote würde weitere Frauen in der FDP nach oben bringen, sie würde dabei helfen, ihr Image als Männerpartei zu verändern und glaubhaft andere Themen als nur den dreistufigen Steuertarif zu vertreten. Die Zustimmung dafür wächst. Auch Silvana Koch-Mehrin spricht sich für eine Frauenquote aus. Das Argument der Parteispitze, die FDP lehne Quoten grundsätzlich ab, lässt sie nicht gelten: „Die Wahl zum Bundesvorstand läuft nach Regionalproporz, das ist auch nichts anderes als eine Quote. Wenn man an solchen Stellen zur Quote ja sagt, dann sollte man auch offen sein für eine Frauenquote.“

MERLIND THEILE



EU-Politikerin Koch-Mehrin: „Offen für eine Quote“



THOMAS BOEHLER / PHOTOTHEK



FRANK OSSENBRINK

Liberalen Homburger, Buchholz: Klar unterlegen

wie in der FDP. Vor allem jüngere Frauen haben Angst, als Quotenfrau zu gelten. „Das Instrument ist überholt“, sagt die Abgeordnete Miriam Gruß, 35. „Wir sind gesellschaftlich längst weiter.“ Doch an der Basis der Partei sieht eine wachsende Zahl von Frauen das inzwischen anders.

Ein Winterabend in der Zentrale der Berliner FDP, der Landesverband der Liberalen Frauen hat zur Mitgliederversammlung geladen. Es geht um den Antrag der Bundesvorsitzenden Buchholz. Auch Irmgard Schwaetzer ist da, die frühere Bauministerin, die in der FDP auf dem Weg nach oben mehrfach an Männern gescheitert ist, etwa 1992, als sie schon als neue Außenministerin galt, bevor dann doch Klaus Kinkel zum Zug kam. „Die Quote abzulehnen ist überhaupt nicht mehr zeitgemäß“, sagt Schwaetzer.

Samstag wissen, „wird es mit mir nicht geben“.

Am Wochenende kommt auch der erste Mann ins Spiel, Christian Lindner, Generalsekretär der FDP. Er liest von der Leyens Aussagen und telefoniert sofort mit Parteichef Westerwelle. Sie verabreden, dass Lindner sich öffentlich gegen von der Leyens Vorstoß stellt. Am Sonntagnachmittag gibt er eine Presseerklärung gegen die gesetzliche Frauenquote heraus.

Lindner handelt aus Überzeugung, er hält die Quote für „illiberal“. Er glaubt auch nicht, dass dies ein gutes Thema für die sieben Landeswahlkämpfe in diesem Jahr ist. Seine Partei weiß er hinter sich, bis auf einige Frauen (siehe Kasten Seite 22).

Am Montag kommt ein weiterer Mann ins Spiel, CSU-Chef Horst Seehofer. Um

eine Frau für das Machbare. Sie entscheidet sich dafür, die gesetzliche Quote rigoros abzulehnen, und macht das auch beim Kabinettsfrühstück am Mittwochmorgen deutlich, als sie ihre Arbeitsministerin anblafft.

Am Mittwochmittag verkündet Merckels Sprecher Steffen Seibert das Ende der Debatte: „Es wird keine gesetzlich verpflichtende Quote geben.“ Lieber wolle die Kanzlerin der Wirtschaft noch einmal die Chance geben, freiwillig mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, dies dürfe allerdings „nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verlegt“ werden.

Kristina Schröder hat gewonnen, vorerst. Aber von der Leyen wird sich Seiberts Satz merken. Und wenn sich bald nicht viel ändert in den Führungsetagen,

und sie wollte erst EU-Kommissarin werden, dann Gesundheitsministerin. Merkel lehnte ab.

Im Frühsommer 2010 dachte von der Leyen, sie könne die Nachfolge von Horst Köhler antreten und Bundespräsidentin werden. Für ein paar Tage war sie die Königin der Schlagzeilen, aber Merkel entschied sich für Christian Wulff. Danach hat von der Leyen entschieden, dass sie sich eine eigene Machtbasis bauen muss, sie nennt das ihren „Emanzipationsprozess“. Als vergangenes Jahr die stellvertretenden CDU-Vorsitzenden neu gewählt wurden, griff sie zu.

Die beiden Frauen haben jetzt gegenlaufende Interessen. Merkel möchte nach dem Chaosstart vor allem Ruhe in der schwarz-gelben Koalition, die Arbeits-



Berufstätige Frauen mit Kindern: Dass sich etwas ändern muss, ist so gut wie allen klar

acht Uhr morgens haben die Spitzen der Union eine Schaltkonferenz. Seehofer sagt, dass er erst vor kurzem die Frauenquote in der CSU eingeführt habe, er wolle sich nicht schon wieder ein Thema einhandeln, das nur Ärger bringe. „In der CSU gibt es für die Quote in Unternehmen keine Mehrheit“, sagt er.

Merkel entgegnet, ein Regierungssprecher in Berlin werde noch heute verkünden, dass Schröder und von der Leyen eine Runde mit den Arbeitsdirektoren der Dax-30-Konzerne einberufen würden. Danach werde es einen Vorschlag geben, den von der Leyen und Schröder miteinander abstimmen müssen. Merkel macht klar, dass sie eine starre Quote nicht mittragen wird. „Das wird es nicht geben“, sagt sie.

Die Bundeskanzlerin hat durchaus Sympathien für eine Quote, aber sie weiß jetzt, dass CSU und FDP nicht mitziehen werden. Und Merkel ist zwar eine Frau für Fraueninteressen, aber noch mehr

wird sie verkünden, dass der Sankt-Nimmerleins-Tag soeben verstrichen sei. „Ich werde das Thema Fachkräfte und Frauen in Führungspositionen bei jeder passenden Gelegenheit in der Wirtschaft ansprechen und nachhaken, welche Fortschritte erreicht wurden“, sagt von der Leyen.

Sie hat sich zu der Ansicht durchgerungen, dass sie auch ohne Merckels Wohlwollen klarkommt. Die Geschichte der beiden Frauen ist nun auch die Geschichte einer Abnabelung. Lange Zeit stand von der Leyen unter dem Schutz der Kanzlerin. Es war ein Geschäft zum gegenseitigen Nutzen: Von der Leyen gab der CDU ein modernes familienpolitisches Image, die Protektion Merckels wiederum kompensierte die fehlende Hausmacht von der Leyens.

Für ein paar Jahre funktionierte dieses Bündnis prächtig. Von der Leyen preschte beim Ausbau der Kita-Plätze vor und setzte das Elterngeld durch. Dann wurde ihr das Familienministerium zu klein,

ministerin dagegen will sich in Szene setzen als eine Politikerin, die unabhängig ist von den Weisungen des Kanzleramts, die selbst Kanzlerin werden kann.

Der Streit der vergangenen Woche ist kein Bruch mit Merkel, aber ein weiterer Schritt der Emanzipation. Wobei von der Leyen inzwischen einsieht, dass sie der Kanzlerin besser von den 30 Prozent erzählt hätte. Ihr Problem mit dem Interview rührt aus ihrer Sicht daher, dass sie diese Zahl so klar gesagt hat.

Aber zerknirscht ist sie nicht. Wer Ursula von der Leyen in den ersten Tagen nach ihrer Niederlage im Rennen um das Präsidentenamt begegnete, traf eine Frau, die gegen ihre Enttäuschung kämpfte und um Fassung rang. In der vergangenen Woche war von solchen Anwendungen nichts zu spüren. Sie ist jetzt Bundesministerin für Arbeit, Soziales und Frauenquote. So baut man Herrschaftsbereiche aus. MARKUS DETTMER, DIRK KURBUJWEIT, RENÉ PFISTER, MERLIND THEILE